

Schnelle Hilfe für die Wirtschaft
NEOS/SPÖ Pressekonferenz, 11.05.2020

(Transkript)

Sepp Schellhorn, NEOS: Schönen Vormittag, sehr geehrte Damen und Herren. Es freut mich ganz besonders, dass Kollege Matznetter, wir gemeinsam eine PK aus der Sicht der Opposition machen – und nicht nur aus Sicht der Opposition, weil wir auch die Bereitschaft von Herrn Dr. Hannes Androsch gehabt haben, seine Sicht auch von der unternehmerischen Seite, aber auch vielleicht ganz interessant – er war ja auch einmal Finanzminister in einer Krisensituation – auch diese Sicht klar darzulegen. Und vor allem Petra Schröckeneder, die ein Einpersonen-Unternehmen, eine klassische EPULerin ist und auch von diesem Härtefallfonds-Geschichten geprägt ist.

Was wir heute wollen, ist auch, darauf aufmerksam zu machen, dass diese Propaganda-Maschinerie dieser Regierung, diese Unerfahrenheit, wie wir es heute auch wieder erlebt haben, in dieser Pressekonferenz mit erneuten 500 Millionen herumzuschmeißen und Kriterien bekanntzugeben, die so undeutlich sind (*unverständlich*) Aber – und das ist das Wichtige – darauf aufmerksam machen, dass es nämlich nicht stimmt, was uns der Herr Finanzminister immer wieder sagt, dass die Banken – vielleicht der kleine Bankbeamte nicht weiß, wie er das handeln soll bei den Garantien. Ich glaube, das Problem ist viel höher zu sehen und viel weiter oben anzusehen. Und wir haben hier gerade die Probleme bei den Förderstellen, nämlich bei der AWS und bei der ÖHT – von der Finanzierung, von der COFAG sprechen wir noch gar nicht.

Das kleine Österreich hat einen massiven Bürokratismus aufgebaut, und dieser Bürokratismus spiegelt sich auch heute in der Woche 9 da, dass die Unternehmer/Unternehmerinnen noch immer keine Förderzusagen von den Stellen haben. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Bei der österreichischen Hotel-Treuhand sind bis Freitag 3.900 Anträge eingegangen. Laut Auskunft der ÖAT sind knappe 3.300 auch schon erledigt, und zwar positiv erledigt. Nur, die Hotellerie, die Unternehmer, klagen, weil sie noch keine Förderzusagen via Bank erhalten haben. Und der springende Punkt ist hier der von uns, vom Finanzminister, vorgegebene Single Point of Contact – nämlich die Banken. Darauf möchten wir dann im Speziellen auch durch Praxisbeispiele eingehen, aber lassen Sie mich auch noch dazusagen: Neben diesen Liquiditätsengpässen und neben der Kurzarbeitsfalle gerade im Bereich des Tourismus gibt es vor allem eines: dass das Geld eben nicht fließt. Es herrscht jetzt große Not bei den Unternehmerinnen und Unternehmern, von Einzelpersonen-Unternehmen wie von KMUs. Es herrscht jetzt große Not, auch die Liquidität zu schaffen.

Aber ich möchte auf einen wichtigen Punkt hinweisen: Wir – ich zum Beispiel als Unternehmer in Salzburg habe die Zusage, dass ich die Kurzarbeitsgelder im Juni bekommen werde, aber der nächste Schlag droht bereits, nämlich die aliquoten 13. Ende Juni, die Urlaubsgelder fallen zu 100 Prozent dem Unternehmen drauf. Und das zu stemmen, da gibt es viele Unternehmen, die darunter wirklich zu kämpfen haben.

Jetzt ist es eine Krise der Kunden. Und wenn wir von Bundesseite vom Finanzminister hier nicht klare Vorgaben haben, die er den Banken geben muss, wird es in absehbarer Zeit wahrscheinlich auch eine Krise der Banken sein. Wir können dann gerne noch im Detail darüber sprechen, aber ich möchte darauf aufmerksam machen, dass hier der Herr Finanzminister völlig untätig ist – völlig untätig in seinen Bestrebungen, die Basel III-Kriterien zumindest auszuhebeln – völlig unfähig ist, auch hier andere Kriterien festzusetzen, nämlich er muss die Banken dazu zwingen, wie sie es abzuhandeln haben, und nicht einfach nur lose Gespräche führen. Dieser Interessenskonflikt spiegelt sich ja mit dem Präsidenten Mahrer auch bei der Österreichischen Nationalbank wider, den wir leider schon viel zu früh gesehen haben. Und ich glaube nach wie vor, dass die Wirtschaftskammer hier eigentlich Interessensvertreter der Regierung ist und nicht Interessensvertreter der Unternehmen.

Christoph Matznetter, SPÖ: Danke, Sepp Schellhorn. „Koste es, was es wolle“ war eine dieser Marketing-Bemerkungen vor nunmehr neun Wochen. Eine Bundesregierung, die sich damit brüstet, wie schnell sie doch handelt, stellt heute nach neun Wochen erstmals eine Idee in den Raum, was man im Bereich Tourismus und Gastronomie machen kann, ohne es mit konkreten Maßnahmen und wie die gemacht werden, zu unterfüttern.

Ich möchte an der Stelle erinnern, dass wir nicht unvorbereitet waren auf die Krise. Zu sagen, Österreich wäre von der Gesetzessituation nicht auf so einen Krisenfall vorbereitet, stimmt einfach nicht. Sie sehen heute hier einen Teil der Hofburg. Hier wohnte und herrschte noch ein Kaiser Franz Joseph, als bereits im Jahr 1913 im damaligen Epidemiegesetz ein Verdienstentgang für den Fall von Seuchenmaßnahmen – also Betriebssperren, Verkehrssperren usw. – zugestanden wurde. Nicht, weil man die Untertanen so lieb hat, sondern einfach deswegen, weil es ein selbstverständlicher Grundsatz ist. (*Videofehler*) ... Betriebe geschlossen werden müssten, muss die Allgemeinheit den Verdienstentgang zahlen.

Und diese Bestimmung blieb 70 Jahre lang im Gesetz. Und was machen diese Jungs einer Bundesregierung? Zwei Tage vor Inkrafttreten des Lockdown wird versucht, genau das auszuhebeln. Damit wurden Hunderttausende vor allem kleine und Kleinstbetriebe von Personen, die einen Rechtsanspruch auf vollen Verdienstentgang haben, zu Bittstellern degradiert, auf Almosenempfang zurückgestellt. Und das Schlimme ist – so wie es Sepp Schellhorn gesagt hat – dass nicht einmal der Fluss der Almosen funktioniert. Das heißt, degradiert von jemandem mit einem Rechtsanspruch, wo er weiß, ich lebe weiter, zu einem Bittsteller, zu einem Almosenempfänger – und dann bekommt er die Almosen nicht. Ich finde so ein Verhalten für einen wesentlichen Teil der österreichischen Volkswirtschaft als eine Vorgangsweise, die nicht akzeptabel ist.

Und jetzt zu den konkreten Dingen: Wir haben über 200.000 – ich glaube, sogar 250.000 – Einpersonen-Unternehmen im Lande. Wie sollen die überleben? Im Härtefallfonds, der zuerst heißen hat, 1.000 Euro, haben viele nur 500 in der ersten Phase bekommen, dreimal geänderte Richtlinien. Dann kam die zweite Phase, und da hat man gesagt, gut, die Gründer haben wir vergessen, das müssen wir jetzt anpassen. Was kommt raus? Es waren nicht 500 mindestens zum Beispiel für die Gründer aus dem Vorjahr, sondern bis zu 500. Und dann kriegen diese Menschen 38,50 oder 45,60 für einen Monat überwiesen. Was will uns diese Regierung damit sagen? Dass Dir nicht einmal ein Zwanzigstel zusteht von dem, was Du an Sozialhilfe als Grundversorgung, damit Du nicht als Obdachloser unter einer

Brücke wohnen musst, bekommst. Und dabei wird vergessen: Diese Menschen haben keinen Anspruch auf Arbeitslose, keinen Anspruch auf weitere Notstandshilfe. Die haben, während sie einen Gewerbeschein haben und die Hoffnung, weitermachen zu können, keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Die bleiben einfach auf der Strecke, müssen sich privat was ausborgen, weil – wie schon vorher gesagt – die Banken nicht zahlen. Ich finde sowas unanständig, unwürdig – und vor allem Personen gegenüber, die sich als Unternehmerin, als Unternehmer getraut haben, was zu machen.

Wir sind deswegen ein bisschen wütend, weil in diesen neun Wochen – wir haben von Anfang als Opposition der Regierung angeboten, dass wir gemeinsam versuchen, notwendige Maßnahmen zu setzen. Und das wurde jeweils zurückgewiesen. Die haben mit ihrer eigentlich kleinen Mehrheit von nur fünf Abgeordneten alles niedergestimmt, jeden Vorschlag zurückgewiesen. Und das ist eigentlich unverständlich, weil Du gerade in so einer Krise ein Zusammenstehen bräuchtest, ein Zusammenwirken aller Kräfte bräuchtest, und möglichst rasche unbürokratische Maßnahmen. Das Gegenteil ist der Fall. Es blüht die Bürokratie, es kommt kein Geld bei Unternehmen an.

Und wir haben no way out, wie wir zum Beispiel im Bereich Tourismus und Freizeitwirtschaft die noch lange andauernden Wirkungen – wie wir es schaffen werden, mit denen umzugehen. Weil am Ende des Tages, wenn die Hotels zwar am 29. Mai theoretisch aufsperrern dürfen, aber kein Tourist da ist und keine Touristin, werden sie es betriebswirtschaftlich nicht schaffen, das weiter zu machen. Und da muss man über kräftige Modelle nachdenken. Wir beide haben zum Beispiel den Vorschlag ins Spiel gebracht, ob man die nicht einmotten kann, familiengeführte Hotels. Und dass in der Zeit Haftungen übernommen werden, Zahlungen stillgelegt werden, Steuern, alles andere. Und wenn es wieder einen Tourismus gibt, dann wieder aufsperrern. Aber als Familienhotel aufsperrern, das ist unsere Stärke im Tourismus. Oder wollen wir, dass die Immobilien billig jetzt verramscht werden und nachher Systemgastronomie und Hotels im Franchise-Stil auch in Österreich stattfinden? Wo der Tourist aufwacht in der Früh und nicht weiß, in welchem Land er ist, weil es überall gleich aussieht? Ihr kennt's das sicher, wenn Ihr schon in der Welt wart's. Wir haben eine eigene Art von spezifischer Gastlichkeit, die eigentlich gerettet werden muss.

Und jetzt könnte ich die Bereiche im Handel, im Bereich der kleinen Selbstständigen – überall gäbe es gezielte Maßnahmen zu setzen, zum Teil mutige Maßnahmen und Maßnahmen, die gemeinsam gesetzt gehören. Das vermischen wir aufs Äußerste. Wer schnell handelt, handelt ordentlich. Und mich würde freuen, auch ein bisschen – sowohl Hannes Androsch wie auch Sie – einmal die Berichterstattung, wie läuft es in Nachbarländern? Wie geht das in der Schweiz, wie geht's in Deutschland? Kann man's besser machen als bei uns? Das wäre, glaube ich, ganz interessant. Und vielleicht, dass wir da aus der Praxis berichten.

Sepp Schellhorn, NEOS: Vielleicht nur noch ein Wort. Also dieser Schulterchluss, der groß angekündigt, ist in einer Einbahnstraße. Nämlich: Die Regierung erwartet sich von uns nur den Wackeldackel, damit mir alles abnicken, und sie ist leider zur Sackgasse für ganz viele Unternehmen in diesem Land geworden. Aber vielleicht lassen wir jetzt die Petra Schröckeneder darüber sprechen, wie sie als Einpersonen-Unternehmen das empfindet.

Petra Schröckeneder: Danke, dass ich hier sein darf. Eine ganz kleine Geschichte zu meiner Firma: Also ich bin seit 2004 selbstständig und seit ca. fünf Jahren habe ich eine Naturkosmetik-Brand gegründet. Also wir produzieren regionale Naturkosmetik. Wir schauen, dass wir die Zulieferketten so niedrig wie möglich halten. Wir schauen, dass wir alles in Salzburg anfertigen lassen, auch unsere Verpackungen. Und für uns ist natürlich jeder Tag in dieser Krise ein totales Risiko. Wir wissen nicht, wie viel sollen wir produzieren. Wir können nicht einfach aufhören zu produzieren, weil wenn es wieder weitergeht, dann haben wir überhaupt keine Produkte. Und am Anfang, wie dieser Härtefallfonds I angekündigt wurde, war ich fast schon euphorisch – ich weiß nicht, ob man dieses Wort in der Krise verwenden darf. Ich war total glücklich und habe mir gedacht, okay, unbürokratisch, den kleinen Unternehmen wird wirklich geholfen und es wird ihnen unter die Arme gegriffen. Aber leider sieht die Realität anders aus. Also nach dem Härtefallfonds I – das hat sich für mich so ein bisschen so angefühlt, als würde man abgespeist werden – habe ich den zweiten Härtefallfonds beantragt, und der wurde abgelehnt. Das Traurige ist, dass diese Ablehnung von einer No-Reply-E-Mail-Adresse vom WKO kommt. Das heißt, man hat nicht einmal die Möglichkeit, dass man eine Antwort kriegt. Daraufhin habe ich mir dann die E-Mail-Adresse vom WKS in Salzburg herausgesucht, habe eine E-Mail hingeschrieben, weil die Ablehnung – wenn ich sie ganz kurz vorlesen darf, die Erläuterung ist, dass das fiktive Nettoeinkommen zu hoch wäre für diesen Betrachtungszeitraum. Aber meine Ausgaben waren in diesem Betrachtungszeitraum um einiges höher als meine Einnahmen. Dann hat mich am Abend der Betreuer vom WKS angerufen. Ich habe ihm dann meine Geschichte dargelegt, habe ihm meine Ausgaben erklärt. Und er hat gesagt, das Einzige, was gerade für diesen Betrachtungszeitraum wichtig ist, sind die Einnahmen, und das würde ein Systemschlüssel errechnen. Ich war dann ein bisschen verduzt, weil ich habe von dem Systemschlüssel überhaupt nichts gewusst oder gehört. Ich habe mir eigentlich schon gedacht, dass das Menschen bearbeiten.

Mir wurde mitgeteilt, wenn ich im nächsten Zeitraum null Euro Umsatz machen würde, dann könnte ich noch einmal ansuchen und dann würde ich vielleicht was kriegen. Wissen Sie, ich bin eine Einzelunternehmerin, ich bin eine Frau, ich habe mir alles selber aufgebaut. Ich bin seit 16 Jahren selbstständig und ich finde, Zynismus von Seiten der WKO ist da echt falsch angebracht. Und was mich ganz traurig gemacht hat, ist: Ich habe dann einfach angefragt, warum sie nicht auf meinen Jahresabschluss 2018 zurückgreifen, dann würden sie ja sehen, wie viel Gewinn dann übrigbleibt, der 2018 7.000 Euro war fürs ganze Jahr. Da muss man sich eh überlegen, wie man davon überleben kann. Dann hat er zu mir gesagt, nein, das wäre nicht möglich, weil aus Datenschutzgründen hätten sie darauf keinen Zugriff. Und dann frage ich mich: Ist die WKO wirklich der richtige Partner, der sich um diesen Härtefallfonds kümmern soll? Also ich fühle mich da leider – sorry, dass ich das Wort verwende – ein bisschen verarscht als Unternehmen.

Ein weiterer Punkt ist mir noch wichtig, weil wir gerade über den AWS geredet haben: Ich habe vor mehreren Wochen online beim AWS alles ausgefüllt, habe mit meiner Bank mehrmals gesprochen. Und die Bank war nicht wirklich zuversichtlich. Dann habe ich am Freitag mit dem AWS telefoniert und die haben mir geschildert, dass sie halt Tausende von Anrufen haben von Einzelunternehmern, von KMUs, denen es genauso geht wie mir, dass die Banken einfach die Entscheidungsträger sind. Und dadurch, dass ich vor einem Jahr die Bank gewechselt habe, haben die anscheinend nicht genügend internes Rating. Und sie hat dann zu mir gesagt, ich

soll online nachschauen, ob mein Antrag überhaupt versendet wurde. Und die Bank hat den Antrag nicht einmal versendet.

Das heißt, was die Regierung so darstellt, dass wir Unternehmer ganz leicht einen Überbrückungskredit kriegen, das ist leider nicht wahr.

Christoph Matznetter, SPÖ: Habt Ihr die Kurzarbeit schon ausbezahlt bekommen?

Petra Schröckeneder: Ah ja, sehr guter Punkt. Also das mit der Kurzarbeit war alles ein bisschen mühsam. Gott sei Dank habe ich jetzt den März ausbezahlt bekommen. Ich habe am gleichen Tag den April abgerechnet, und da verändert sich jetzt nicht so wahnsinnig viel. Und auf den April muss ich noch warten, obwohl ich die Gehälter schon überwiesen habe. Dann habe ich gestern am Abend „Zentrum“ geschaut, und dann kommen so Vorschläge, dass man halt einfach die Kurzarbeit, wenn man einen positiven Bescheid hat, über die Bank vorfinanzieren sollte. Ehrlich? Ich kann's über die Bank nicht vorfinanzieren und ich muss die Gehälter bezahlen, und das geht wahnsinnig auf meine Liquidität. Also wenn ich noch einmal vor der gleichen Situation stehen würde, wüsste ich nicht, ob ich meine Mitarbeiter wirklich in Kurzarbeit schicken würde, weil ich kann's mir einfach nicht leisten.

Sepp Schellhorn, NEOS: Scheinen aber viele gemacht zu haben, weil wir sind bei 700.000 Arbeitslosen.

Petra Schröckeneder: Ja.

Sepp Schellhorn, NEOS: Ich glaube, es ist auch wichtig, dass Herr Dr. Androsch hier von Seiten des Unternehmers spricht, der auch nicht nur in Österreich Unternehmen hat.

Hannes Androsch, SPÖ: Danke für diese Gelegenheit. Ich komme gerade von meinem Osteopathen. Der hat eine Umsatzeinbuße von 75 Prozent, und es wurde ihm mitgeteilt, dass er keine Unterstützung bekommt. Aus meinem Firmenbereich haben wir sechs Anträge auf Kurzarbeit gestellt. Ein einziger Fall mit 70.000 Euro wurde – wenn man das positiv nennen will – positiv erledigt. Eine Firma hat seit sieben Wochen zum Beispiel keinen Cent bekommen. Diese hat eine kleine Tochter in der Schweiz, die hat innerhalb von sechs Tagen 500.000 Franken überwiesen erhalten.

Das heißt, die angekündigten Hilfen werden nicht gegeben, und diese angekündigten Hilfen sind nur 20 Prozent dessen, was in Deutschland zur Verfügung gestellt wird und auch umgesetzt wird. Und das Gleiche gilt für die Schweiz, das kann man auch an dem Beispiel festmachen. Die Schweizer haben ihre Lösung mit Swiss und Edelweiss längst in trockenen Tüchern. Und wir eiern nach wie vor hilflos herum und gefährden die Existenz der AUA mit allen Auswirkungen, was auch für den Tourismus gilt.

Wir haben natürlich nicht die unverantwortlich angekündigten 100.000 Toten, die der Herr Bundeskanzler als Gespenst an die Wand gemalt hat, sondern erfreulicherweise, aber leider auch 600 Todesfälle. Aber das Liquiditätsvirus wird vernichtende Folgen haben, weil das so ist wie ein Verunglückter, dem das Rote Kreuz die im Rettungswagen befindlichen Blutkonserven nicht spendet. Und bevor man zu einer Behandlung und Heilung kommen kann, wird der Patient – in dem Fall durch den Mangel an Liquidität – verstorben sein. Das wird nicht nur viele Betriebe

betreffen, sondern natürlich auch ihre Mitarbeiter. Das wird viele Menschen unter Existenzminimum bringen und aus der Not und der damit verbundenen Verzweiflung wird Wut kommen.

Das heißt, was diese Regierung in Ratlosigkeit, Hilflosigkeit und Unfähigkeit betreibt, ist ohnegleichen. Sie beschäftigt sich nur mit 40 Pressekonferenzen in neun Wochen, wo sie sich mit Weihrauch übergießt, sodass offenbar für die Wirklichkeit und die Bedürfnisse der Menschen jede Sicht verloren gegangen ist. Und das muss sich rasch ändern, wenn nicht verheerender ökonomischer Schaden mit allen damit zusammenhängenden Folgen entstehen soll.

Und es ist ja auch absurd, wenn man in dieser Situation von den Unternehmungen, wenn man dann das Geld ohnehin nicht auszahlt, eine 15-jährige belegte Bestandsvoraussicht verlangt, aber der Finanzminister über sein Budget null Informationen gibt und eine Pauschalvollmacht gibt. Wieso ist das nicht in der Schweiz der Fall, wieso ist das nicht in Deutschland der Fall? Wieso war das bei anderen Krisen nicht der Fall? Das zeigt doch nur diese Hilflosigkeit und Unfähigkeit, und genau das ist brandgefährlich und das muss sich so rasch wie möglich ändern. Und nicht, dass man die Situation, die Krise für türkische Parteipolitik und Machtmissbrauch verwendet.

Petra Schröckeneder: Darf ich vielleicht gleich noch was zu dieser Thematik Nachbarländer sagen? Weil dadurch, dass wir Handel, Tourismus und Hotellerie beliefern, waren wir ca. einmal die ersten vier Wochen komplett abgeschnitten. Also die ganzen Aufträge, die wir gehabt haben, wurden storniert. Und die Ersten, die dann wieder angefangen haben zu bestellen, obwohl die ja heute erst geöffnet haben, war die Schweiz und unter anderem auch Deutschland. Und ich habe dann meine Händler gefragt, wie macht's Ihr das? Seid's Ihr so liquide, wie schafft's Ihr das? Und man hört halt von allen Seiten, dass die total leicht und unbürokratisch die Mittel gekriegt haben. Also in Deutschland ist es ja sogar so, dass wenn du ein bis fünf Mitarbeiter hast, hast Du sofort unbürokratisch nach 48 Stunden 9.000 Euro gekriegt. Und dann denke ich mir, okay, der Händler kann jetzt wirklich seine Mitarbeiter zahlen, seine Löhne zahlen, seine Miete und kann auch wieder Ware einkaufen, dass er dann weiter ein Geschäft machen kann. Und das – finde ich – das ist wirklich unbürokratische Hilfe und nicht wie bei uns, leider.

Sepp Schellhorn, NEOS: Kommen wir zum Schluss zur heutigen Propaganda-Meldung der 500-Millionen-Hilfe für die Gastronomie. Wir haben ja gehört von Herrn Fleischmann letzte Woche, wir haben jetzt auch eine Gastronomie-Ministerin. Es zeigt ganz klar, dass hier einfach auch keine Praktiker am Tisch sitzen – nicht einmal Praktiker, die vom Tourismus was verstehen, sondern nicht einmal von Unternehmertum was verstehen. Es stellt sich für mich sofort die Frage bei der Ankündigung dieses 500-Millionen-Pakets, Steuerermäßigung auf alkoholfreie Getränke. Würde ich jetzt sofort nachfragen: Was ist jetzt alkoholfrei? Du als Steuerberater und Wirtschaftstreuhänder, Kaffee und Tee auch?

Christoph Matznetter, SPÖ: Das haben wir schon gehabt beim Kaffee
(*unverständlich*)

Sepp Schellhorn, NEOS: Ja, das haben wir ja schon einmal gehabt. Ist das sozusagen auch hier alkoholfrei? Das nächste Thema ist – ich habe mir das sofort durchgerechnet, das würde bei einem Normalbetrieb in meinem Fall, in Salzburg das M32 – der Dr. Androsch kennt es, im Museum der Moderne oben. Wir machen mit

Kaffee, Tee und alkoholfreien Getränken ca. 4.500 Umsatz bei Vollbetrieb. Jetzt gehen wir aber davon aus – und meine Budgets wurden ja derartig nach unten geschraubt, dass ich einen 70-prozentigen Ausfall haben muss, und wir maximal 30 Prozent haben. Dann können Sie sich das ausrechnen, wie viel Prozent ich mir dann ersparen würde, wenn Kaffee, Tee und alkoholfreie Getränke dementsprechend, also die Heißgetränke auch, dabei wären. Das ist kein großer Wurf. Das ist zwar wieder nur mit der Pipette ein bisschen nachhelfen oder es ist sozusagen, wie wenn ich einem Allergiker zur Heilung seiner Allergie ein Taschentuch reichen würde.

Hannes Androsch, SPÖ: Das ist Gaukelei und Scharlatanerie.

Sepp Schellhorn, NEOS: Genau. Was wir brauchen würden – es ist kein einziger Ansatz. Der Tourismus und alle Unternehmen bräuchten möglichst schnell den Faktor Arbeit entlastet. Das heißt auch, dass die Mitarbeiter mehr verdienen und brutto weniger kosten. Das würde auch viel mehr eine größere Erleichterung in die Wiederbeschäftigung führen. Also das heißt, es würden viel mehr von der Arbeitslose in eine Beschäftigung wieder hineinführen. Was wir brauchen, ist eine dramatische Entbürokratisierung.

Und was der Tourismus auch braucht – es wurde ja heute auch wieder nichts von einer Perspektive angekündigt. Wohin geht der Fahrplan? Wie ist es jetzt, wenn sich die Kurve weiter nach unten entwickelt? Und wie sind die Gespräche, auch mit den Nachbarländern? Als NEOS haben wir zusammen mit dem Christoph Matzenetter auf vom „Europa der Regionen“ gesprochen. Das heißt, hier gibt es schon Applikationen von einer Corona-Ampel in Deutschland. Das heißt, die rote, die gelbe und die grüne – diese Region, die sicher ist, die sollte befahrbar werden.

Die Unternehmen brauchen eine Perspektive auch bis zum Ende des Jahres. Und vor allem: Wir brauchen eine Verlängerung der Stundungen. Der große Hammer kommt ja erst, wenn es sozusagen heißt – jetzt ist es eine Euphorie, wir können am 15. aufsperrn, die Hotellerie kann am 29. aufsperrn. Nebenbei bemerkt: Noch immer keine Richtlinie, wie wir aufsperrn dürfen, auch beim Dr. Androsch nicht, geschweige denn bei mir.

Christoph Matznetter, SPÖ: Mit Maske schlafen.

Sepp Schellhorn, NEOS: Und wie viele Personen. Also da hat man auch eine längere Vorlaufzeit als bei der Gastronomie, das muss man sagen – in der Hotellerie eine große Schwierigkeit. Wir brauchen eine Perspektive, wie es bis zum Ende des Jahres geht. Und selbst dann werden wir uns nicht mehr erholen. Deswegen werden Christoph Matzenetter und ich auch eine Sonderlösung für den Tourismus fordern, eine so genannte Freeze-Lösung mit einem gesunden Modell. Und ich gebe hier nur eines in Betracht, vergessen Sie es nicht: Es gäbe auch die europäische Investitionsbank. Und offensichtlich haben der Ex-Finanzminister und der jetzige Finanzminister wahrscheinlich noch nicht so oft miteinander gesprochen. Aber das wäre eine wichtige Institution, auch für den Wiederaufbau, auch für das Wiedererstarren des Tourismus. Das ist eines dieser Themen.

Und was wir brauchen: Wir brauchen jetzt klare Regelungen zwischen AMS und Bank. Wir brauchen klare Regelungen, wie sich die Banken zu verhalten haben, und das bis zum letzten Bankbeamten. Weil im Moment müssen sich ja die Banken auf ihr Regulativ berufen und können das gar nicht umsetzen, was ihnen der Finanzminister gegeben hat. Sie müssen nämlich das gesamte Obligo, auch eine

Liquiditätsstützung vom Bund, betrachten und sind deswegen hier so auf der Bremse.

Ich appelliere daher nochmal an den Herrn Treichl, an den Herrn Mahrer und an den Herrn Finanzminister, hier ganz dringend etwas zu tun. Es geht nämlich um die Liquidität. Wir erleben den schleichenden Tod vieler Klein- und Mittelbetriebe. Und was der Tourismus wert ist, das merken wir erst im Herbst. Stirbt nämlich der Tourismus, stirbt der Tischler.

Hannes Androsch, SPÖ: Ich möchte auch vorschlagen, im Rahmen des Steuerrechtes Verlustrückträge zu machen. Die Unternehmungen und die Betriebe haben voriges Jahr und vorvoriges Jahr noch Gewinne gemacht und das ist alles weggebrochen – dass man dieses glättet. Denn dass man jetzt die Vorauszahlungen, die sich auf die Vorjahre stützen, ausgesetzt hat, ist ein Anspruch, der steht in der Bundesabgabenordnung. Das hätte man pauschal machen können und nicht überbürokratisch. Das heißt, das zeigt die ganze praktische Unfähigkeit. Und es ist uns nicht mit Videokonferenzen des Herrn Kurz mit Australien oder Neuseeland geholfen, und die Deutschen – verärgert über Ischgl und verärgert über dieses angeblich protzige Auftreten in Deutschland – kehren uns den Rücken. Und die Italiener – der nächste wichtige Wirtschaftspartner – die lassen wir im Regen stehen. Also kurzsichtiger – im wahrsten Sinne und im übertragenen Sinne des Wortes – kann man gar nicht sein.

Sepp Schellhorn, NEOS: Ich glaube, das ist ganz wichtig, was Herr Dr. Androsch jetzt gesagt hat. Wir müssten eigentlich gesamtwirtschaftlich das Jahr 2019 und das Jahr 2020 zusammenlegen, bilanztechnisch, um hier auch für die Zukunft – nämlich das Erschreckende ist ja, der große Hammer kommt erst. Und wir haben Angst vor einer Insolvenzelle, wenn diese Regierung untätig bleibt, vor allem in dieser Hinsicht.

Christoph Matznetter, SPÖ: Man soll nicht zu technisch sein und nicht zu steuerberatermäßig. Aber falls die Herren in der Regierung nicht können – was sein kann – wir haben eine Sonderregelung im Einkommensteuergesetz zum Beispiel für Schriftsteller, die können auf drei Jahre verteilt den Gewinn versteuern, weil sie sehr unterschiedliche Gewinnsituationen haben, das einfach abschreiben und auf andere ausweiten. Also falls die eigene Kreativität nicht ausreicht – was sein kann bei der praktischen Kompetenz der Bundesregierung – einfach wiederverwerten.

(unverständlich) Ich hätte eine Frage, was diese Bestimmung betrifft, die außer Kraft gesetzt wurde, wo Sie gesagt haben, das wäre jetzt ein Automatismus

(unverständlich) Worum handelt es sich da genau und wann wurde das außer Kraft gesetzt?

Christoph Matznetter, SPÖ: Bereits seit mehr als 100 Jahren ist vorgesehen im Epidemiefall, dass wenn ein Betrieb gesperrt wird, ihm voller Ersatz geleistet wird für das, was er in der Zeit verdient hätte, wenn er nicht gesperrt worden wäre. Das stand zuletzt seit 70 Jahren unverändert im so genannten Epidemiegesetz. In dem ist vorgesehen, wenn ein Betrieb gesperrt ist oder Verkehrsbeschränkungen sind, dass der volle Vermögensschaden durch die Allgemeinheit ersetzt wird, wenn er binnen sechs Wochen nach Ende der Sperren den Antrag stellt. Und diese Bestimmung, 70 Jahre in Kraft, wurde von Schwarz-Grün am 14. und 15. März, also an den zwei

Tagen vor dem Inkrafttreten des Lockdowns, beseitigt – und zwar versteckt in den Inkrafttretensbestimmungen. Wir haben heftig protestiert. Das war das erste Mal in meinem Leben, dass es eine gemeinsame Aussendung mit FPÖ und NEOS gegeben hat von mir. Wurde alles niedergestimmt.

Was wäre der Unterschied gewesen? Wenn ich einen gesetzlichen Anspruch habe auf einen Ersatz, ist das was völlig anderes, als wenn ich irgendwo vielleicht was kriege oder wenn ich irgendwann nichts bekomme. Weil das ist nämlich ein Wertgegenstand, der genauso gilt, wie wenn ich einen Pensionsbescheid habe und ein gesetzliches Recht auf meine Pension habe. Das kann ich verpfänden, das kann ich als Wirtschaftsgut einstellen. Die Betriebe hätten einfach existieren können weiter, wenn dieses Recht nicht weggenommen worden wäre. Und das haben wir heftig kritisiert. Und ehrlich gesagt, ich finde es auch unfair Menschen wie Ihnen gegenüber, dass man sowas wegnimmt, so ein Netz, weil es in Wahrheit dazu dient – die sind unverschuldet. Was können die dafür, dass sie wegen dem Virus zusperren müssen? Warum müssen die den Schaden alleine tragen? Ist das verständlich genug? Danke.

(unverständlich) wenn wegen der Maßnahmen weniger Gäste kommen dürfen, dann braucht es auch weniger Personal. Nur wird der Aspekt übersehen – und reichen die 500 Millionen Euro aus oder ist das zu wenig und ist das spät?

Sepp Schellhorn, NEOS: Also zum einen, zu den 500 Millionen: Die sind ja jetzt unklar definiert. Es geht offensichtlich um das Wirtshaus, und der Herr Kurz hat appelliert, regional zu kaufen. Das heißt, gilt's jetzt nur für das Dorfwirtshaus und für den Chinesen im Ort nicht, der auch Steuern zahlt? Das Zweite ist: Die 500 Millionen sind nur fürs Wirtshaus oder kommt dann wahrscheinlich eine nächste *(unverständlich)* für die Hotellerie auch? Also das heißt, wie chaotisch es hier ist, zeigt es, dass man hier einfach auf Zuruf – wenn irgendein Fachgruppenobmann aufschreit, jetzt müsst's aber was für uns auch tun, dann machen wir halt schnell was. Und das macht sie wieder zu Bittstellern. Das ist das Nächste.

Und was die Kurzarbeit betrifft. Natürlich, noch einmal: Der gesamte touristische Effekt in Österreich – wir hatten 2019 150 Millionen Nächtigungen. 23 Millionen waren davon Österreicher, die in Österreich geurlaubt haben. Verdoppeln wir die Zahl, kommen wir auf 50 Millionen. Und diese 50 Millionen sind de facto nur 30 Prozent der gesamten Nächtigungen. Auch darum ist vor allem der touristische Bereich in der Kurzarbeitsfalle gelandet, weil wir alle zuerst auf die Mitarbeiter geschaut haben und gesagt haben, wir müssen in Kurzarbeit gehen. Und erst viel später, am 20. April, der Herr Kurz und die Frau Köstinger gesagt haben, solange es keinen Impfstoff gibt, gibt es die Reisebeschränkungen. Das heißt, wir kommen aus dieser Hürde, aus diesem Loch nicht mehr heraus. Wir müssen versuchen, auch hier ganz vorsichtig – wir befinden uns nämlich in einem Blindflug, wie sich die touristische Situation entwickelt – die Kurzarbeit strukturell abzubauen. Das heißt, 20, 30, vielleicht auch dann zu 100 Prozent Vollbeschäftigung zu haben. Wir wissen nicht *(unverständlich)* Tourismus ist eine Stimmungssache. Und wenn sich der Herr Bundeskanzler so präpotent auch gegenüber den Deutschen verhält, dann brauchen wir uns nicht wundern, dass die jeden Tag noch einmal von Ischgl reden.

Hannes Androsch, SPÖ: Das Liquiditätsvirus wird viele Betriebe zur Schließung zwingen. Die logische Folge, dass die Beschäftigung zurückgeht, auch dann, wenn wir nicht kostendeckende Umsätze erreichen. Und wenn wir das jetzt vor uns

herschoben und ohnehin nicht auszahlen – weil von den 8,8 Milliarden Kurzarbeitsgeldern sind angeblich nur 40 Millionen bisher ausgezahlt worden – dann wird sehr rasch ein beträchtlicher Teil dieser in der Kurzarbeit Befindlichen in die Arbeitslosigkeit übergehen. Das hängt ja miteinander zusammen. Das heißt, es ist unverantwortlich, dieses Liquiditätsvirus ungehemmt wüten zu lassen.

Sepp Schellhorn, NEOS: Ich möchte nur noch einmal erwähnen: Günther Hager, ein Wirt aus Linz, hat zusammen mit dem Prof. Schneider von der Johannes-Kepler-Universität gerade für die Gastronomie, weil es um das 500-Millionen-Paket geht, eine Studie verfasst, dass von 1.000 Euro Umsatz bleiben dem Unternehmer 14 Euro. Und jetzt – von den 14 Euro, die muss er dann noch versteuern, und jetzt kommt noch ein 70-prozentiger Ausfall dazu. Also was wollen wir hier mit diesen 500 Millionen erreichen? Und ich glaube, man sollte endlich irgendwann einmal – es schadet ja nichts, wenn ich sage, ich habe einen Blödsinn gemacht, ich habe mich geirrt – aber jetzt gehören Nägel mit Köpfen und mit Experten her.

(unverständlich) Sind die Lockerungen in Österreich ausreichend oder zu wenig? Was erwarten Sie von der Regierung?

Hannes Androsch, SPÖ: Also wenn die Gesundheitszahlen stimmen, dann waren die Maßnahmen überzogen und die Lockerungen sind viel zu spät erfolgt. Es stellt sich die Frage, wie kann man verantwortungsbewusst vorsorgen, dass uns nicht eine zweite Welle erwischt. Wen das Gesundheitsministerium sagt, die Hauptursachen der positiven Fälle und der Todesfälle in diesem Zusammenhang waren in Senioren-, Pflegeheimen, beim Après-Ski und bei Chören, dann braucht man nicht deswegen das ganze Land stilllegen und in Lähmung versetzen.

Sepp Schellhorn, NEOS: Also grundsätzlich haben wir immer gesagt – auch aufgrund der unsicheren Datenlage, die ja nie transparent und sorgfältig gehandelt wurde, haben wir immer gesagt: Gesundheit geht vor, aber danach geht's um alles. Und es stimmt schon: Das, was der Herr Kurz damals gesagt hat, jeder von uns wird wen kennen, der stirbt – das bezieht sich jetzt aber auf die Unternehmen. Von uns wird bald jeder einen Unternehmer kennen, der unternehmerisch stirbt, und das ist das Traurige. Und dass die Beschäftigung wegfällt. Und wir haben mittlerweile – das darf man nicht vergessen – von 4 Millionen Beschäftigten sind 2 Millionen ohne Beschäftigung, in Kurzarbeit oder arbeitslos. Das ist die Hälfte aller Beschäftigten. Heißt auch, Einkommensverluste in den Haushalten – heißt auch, hier wird's ganz schön eng, wenn's um die Miete geht. Und ich glaube, hier muss man jetzt strukturell was tun mit einem Fahrplan, der transparent ausgedeutet wird. Der Herr Bundespräsident lobt auch einen Minister an, dass er transparent und sorgfältig sein Amt ausführt. Jetzt frage ich Sie ganz ernsthaft: Was war jetzt transparent bei den Krankheitsfällen? Was war jetzt transparent bei den Gesundheitsfällen? Wir wurden nur immer über die Krankheitsfälle informiert, aber nie so richtig über die Testungen, wo und wie viele.

Petra Schröckeneder: Gibt es eigentlich geplante Maßnahmen für eine zweite Welle? Also mich interessiert das als Unternehmer, weil wenn man die Mitarbeiter jetzt aus der Kurzarbeit zurückholt, wie funktioniert das dann? Kommt eine zweite Welle, kommt es wieder zu einem Shutdown, werden das die gleichen Maßnahmen, gibt's da Änderungen? Man weiß es ja eigentlich nicht.

Sepp Schellhorn, NEOS: Der Herr Gesundheitsminister hätte ja den Auftrag, den Impfstoff zu bestellen für die Influenza. Dann die große Panik – wenn wir jetzt alles gut überstehen, die größte Panik ist ja das, wenn dann im Dezember, wenn's wieder kalt wird, Influenza auf COVID trifft. Weil ich erinnere, wir hatten von Dezember 2017 bis April 2018 4.000 Influenza-Tote in Österreich. Und davor fürchte ich mich. Also wir haben offensichtlich nicht genügend Impfstoff.

Christoph Matznetter, SPÖ: Ich möchte die Frage, zu spät, zu früh, und was passiert, wie folgt beantworten: Man muss sich im Benchmark anschauen, wer hat's auf der Welt am besten gemacht. Und es hat wenig Sinn, einen Benchmark zu ziehen bei den europäischen Ländern oder gar bei den USA oder Brasilien. Da werde ich immer besser und schneller sein, wenn ich mit denen vergleiche, die es nicht gut gemacht haben. Benchmarks gehören angelegt bei denen, die es gekonnt haben. Und da gibt's eine Reihe Länder auf der Welt, die weitaus besser gefahren sind als wir, auch kleine Länder mit großen Nachbarn.

Ich nehme als Beispiel immer aus österreichischer Sicht die abtrünnige Provinz Taiwan, die aber administrativ selbstständig ist als Demokratie und Rechtsstaat. Die haben ab 31. Dezember jeden Einreisenden kontrolliert und zwei Wochen in Isolation gesteckt – mit dem Effekt, dass sie unter 400 Ansteckungen hatten und unter zehn Tote. Unter zehn! Die haben keinen Lockdown, keine Industrie eingestellt, keine Geschäfte geschlossen, keine Hotels geschlossen, keine Gastronomie geschlossen. So geht Seuchenpolitik.

Wir haben zu spät – wir haben zigtausende Österreicherinnen und Österreicher aus Italien heimgeholt. Wir haben sie ohne Kontrolle übers Land verteilt, wir haben sie in Après-Ski-Bars tanzen lassen und-und-und. Das wäre rechtzeitig gewesen, okay. Dann war der Lockdown unbedingt erforderlich. Deswegen haben ja wir diesen Maßnahmen auch zugestimmt.

Die Regierung muss aber die Professionalität vor allem jetzt nach 90 Tagen haben, genau die Zahlen anzuschauen und verlässliche Leitlinien zu geben, wie führt der Weg heraus. Und sie muss auch – und da haben Sie völlig Recht – ihre Planungen, falls es zu einem Wiederanstieg der Infektionen kommt, wie sie das beherrschen wollen, darlegen. Man könnte neuerlich einen Lockdown verhängen mit allen wirtschaftlichen Konsequenzen, die da sind. Oder andere Dinge tun – jetzt lasse ich einmal Taiwan weg, aber genügend Beatmungsgeräte, genügend Intensivplätze zu haben, die Möglichkeit zu haben, nicht erst wenn die Krise voll ausbricht, eine Messe auszubauen, sondern Facilities stand-by zu halten, um auch eine höhere Erkranktenzahl notfalls medizinisch behandeln zu können. Dann weiß ich, ich brauche sozusagen nicht so hart und schnell eingreifen, sondern ich kann Infektionszahlen abbremsen und bin immer noch im Medizinsystem in der Lage, sicherzustellen, dass jeder, der eine Behandlung braucht, eine bekommt. Und das wäre ganz normale, biedere Politik, politisches Handwerk.

Hannes Androsch, SPÖ: Das gilt auch ökonomisch. Es gibt keinen Hauch eines Ansatzes für ein Wiederbelebungsprogramm, weil die Herrschaften von Wirtschaftspolitik aber überhaupt keine Ahnung haben, weil sie nie im praktischen Leben gestanden haben.

Christoph Matznetter, SPÖ: Und weil Du kritisiert hast die Telefonate von Kurz rund um die Welt und Neuseeland genannt hast: Mich würde gar nicht stören, wenn er mit

dem Neuseeländischen Premier sprechen würde, die haben das nämlich gut gemanagt und die haben der Bevölkerung reinen Wein eingeschenkt. Aber mit denen kann man reden, wie habt's Ihr das gemacht, wieso habt's Ihr eine Planung, wieso wissen eure Betriebe, was in fünf Monaten sein wird, wie geht's Ihr damit um. Und da finde ich nicht schlecht, sich internationale Erfahrungen anzuschauen. Aber die Frage zu beantworten, im Dunkeln zu lassen, nach dem Motto, im Privatrahmen dürft's Euch versammeln, vorerst ist das nicht verboten – wie ich genau gehört habe bei der Pressekonferenz – ist nicht mehr als die Drohung, das Hausrecht außer Kraft zu setzen, dass Du mit richterlichem Hausdurchsuchungsbefehl hineinkannst, sondern in Zukunft Leute auch Pläne haben, zu Hause zu zernieren und festzustellen, wer dort ist. Ehrlich gesagt, bei diesen Dingen mache ich mir mehr Sorge, als dass ich positiv in die Zukunft schaue, wie gut unsere Regierung das macht.